

Rechtsrutsch? – Philip Kohli präsidiert die BDP/CVP-Fraktion

Der neue Fraktionschef Philip Kohli hat jüngst zehn Vorstösse mit SVP und FDP initiiert. Das habe nichts mit einem Rechtsrutsch zu tun, sagt Kohli.



Philip Kohli ist der neue Chef der BDP/CVP-Fraktion im Berner Stadtrat. Bild: zvg

Er ist 24 Jahre jung und nimmt im Stadtrat kein Blatt vor den Mund: Wenn Student Philip Kohli gegen die Berner Velobrücke vom Leder zieht, meint man, einen Vertreter der SVP-Fraktion vor sich zu haben. Als der Berner Stadtrat seinen Beschluss zum Bau von 13 «Luxuswohnungen» am Centralweg wieder kippte, forderte Kohli die 35 Befürworter des Anliegens zum Rücktritt aus dem Stadtrat auf. Kurz bevor er nun per Anfang 2016 dem moderaten Kurt Hirsbrunner als Präsident der BDP/CVP-Fraktion folgt, hat er mit SVP und FDP zehn ordnungspolitische Vorstösse eingereicht, die von seiner Fraktion nur zum Teil mitgetragen werden.

Dabei geht es etwa um die Umwandlung von Energie Wasser Bern (EWB) in eine Aktiengesellschaft, die Einführung einer Schuldenbremse oder um eine pauschale Kürzung der städtischen Gebühren um 20 Prozent. Das in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden lancierte Vorstoss-Paket ist zeitlich so abgestimmt, dass die ordentliche Beratung in die Zeit vor den Stadtberner Wahlen vom November 2016 fällt. **«Eher am rechten Flügel»**

Die BDP Stadt Bern galt bisher als die «mittigste» Sektion der kantonalen BDP. Schon früh stand sie etwa für den Atomausstieg und die Energiewende ein und hatte nie einen derartigen Wählereinbruch erlebt wie die BDP Kanton Bern, die im Frühjahr 2014 bei den Grossratswahlen 11 ihrer 25 Sitze verlor. Die kantonale BDP bemüht sich seither um eine stärkere Abgrenzung von SVP und FDP – ein Rechtsrutsch der Stadt-BDP würde dem diametral entgegenstehen.

«Kohli steht innerhalb der Fraktion eher am rechten Flügel und befürwortet im Gegensatz zu mir die Panoramabrücke nicht bedingungslos», sagt der scheidende Präsident Hirsbrunner. «Aber als Fraktionschef wird er primär die Meinung der Fraktion vertreten müssen.» Hirsbrunner geht jedenfalls nicht von einem Rechtsdrall in der Fraktion aus. Philip Kohli steht ja nicht rechts aussen und mit Andrin Soppelsa und Lionel Gaudy gebe es neue und ebenso junge Kräfte in der Fraktion, die den eingeschlagenen Mittekurs mitunterstützen könnten.

Kohli zeigt sich selbstkritisch

«Wir rutschen nicht nach rechts und schon gar nicht in die Nähe der SVP», sagt auch Parteipräsident Hans Kupferschmied. Im Übrigen entspreche ein Grossteil der von

Bernhard Ott [09.12.2015](#)

Stichworte

[BDP Bern](#)

Artikel zum Thema

Auf Vania Kohli folgt ihr Sohn Philip

Vania Kohli gibt das Amt der Stadtratspräsidentin heute ab und tritt aus dem Stadtrat zurück. [Mehr...](#)

Von Bernhard Ott [12.01.2012](#)

Bürgerliche drängen vor Wahlen auf Steuersenkung

Die Stadt Bern soll die Steuern senken und Gebühren reduzieren: Das fordern FDP, SVP und BDP/CVP. [Mehr...](#)

[14.09.2015](#)

Für Bürgerliche hat das Budget der Stadt Bern keine Priorität

Beim Stadtberner Budget ist ein Leistungsausbau bei der Stadtplanung umstritten. Die Bürgerlichen wollen aber erst nach der Debatte über «strukturelle Probleme» reden. [Mehr...](#)

Von Bernhard Ott [09.09.2015](#)

Die Redaktion auf Twitter

Stets informiert und aktuell. Folgen Sie uns auf dem Kurznachrichtendienst.

[@derbund folgen](#)

Kohli miteingereichten Vorstösse durchaus der Politik der BDP. «Wir sind alle für eine Beschränkung von Gebühren und Abgaben», sagt Kupferschmied. Auch Kohli will nichts von einer Neuausrichtung der BDP/CVP-Fraktion wissen. Er räumt aber ein, dass vor der Lancierung des Vorstoss-Pakets die Mitte-Parteien GLP und EVP hätten mit einbezogen werden müssen. «Das war ein Fehler.»

Im Übrigen habe eine Mehrheit der Fraktion sieben der zehn Vorstösse zugestimmt. Keinen Support habe er bei den EWB-Vorstössen erhalten, insbesondere bei der Motion zur Beschränkung der Gewinnablieferungen an die Stadtkasse und zur Umwandlung des stadteigenen Werks in eine Aktiengesellschaft. «Die Unterzeichnung der EWB-Vorstösse war meine persönliche Entscheidung.» Grundsätzlich seien die darin formulierten Anliegen berechtigt. Nach Gesprächen mit EWB werde er im Stadtrat wohl aber nicht mehr allen Punkten zustimmen. «Schlauer werden ist ein Grundrecht», sagt Kohli. (Der Bund)

(Erstellt: 09.12.2015, 06:51 Uhr)